

Auf dem Rechtsweg gegen Kernkraft

Freistaat Bayern verklagt — Gericht soll Sachfragen behandeln

28.11.81

Von unserem Redaktionsmitglied Alfons A. Schertl

AUGSBURG. Vor dem Augsburger Verwaltungsgericht beginnt am kommenden Dienstag der Prozeß, den die 70jährige ehemalige Diplomvolkswirtin Clementine Rothenstein aus Burtenbach (Landkreis Günzburg) gegen den Freistaat Bayern angestrengt hat. Sie verlangt, daß die zweite, dritte und vierte Teilgenehmigung für den Weiterbau des Kernkraftwerkes Gundremmingen II zurückgenommen

wird. Frau Rothenstein begründet ihre Klage mit der Behauptung, daß sie sich durch die derzeit entstehenden beiden Kernkraftwerksblöcke B und C (Kostenpunkt etwa 4,5 Milliarden DM, Leistung je 1300 Megawatt) in Gundremmingen im 20 Kilometer Luftlinie entfernten Burtenbach persönlich bedroht fühle. Auch technische Fragen sollen gelöst werden.

Ein bereits früher angelaufenes Verfahren ist negativ für die Klägerin ausgefallen. Dazu C. Rothenstein heute: „Wir wollen erreichen, daß das Gericht in die Sachfragen eintritt und nicht nur hauptsächlich formaljuristische Entscheidungen fällt.“ Im ersten Verfahren war die Klage wegen Überschreitung des Gestellungsabgabetermins abgewiesen worden. In diesem Streitfall ist das Berufungsverfahren noch beim Verwaltungsgerichtshof in München anhängig.

Ergänzt wird dies nun mit der Anfechtungsklage gegen die drei Teilgenehmigungen. In einer 129 Seiten starken Klageschrift erklärt Rothenstein durch ihren Rechtsvertreter, daß die bisherigen Teilgenehmigungen von den Bauherren und Betreibern, den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken (RWE) und der Bayernwerk AG, bereits als endgültige und nicht als einstweilige und widerrufbare Genehmigungen angesehen werden. Außerdem würden RWE und Bayernwerk daraus die Berechtigung ableiten, daß diese Teilgenehmigungen schon für die Errichtung des gesamten Baukomplexes der beiden Kraftwerksblöcke ausreichen würden.



Die Klägerin: Clementine Rothenstein (rechts). AZ-Bild: Böttcher

Frau Rothenstein läßt außerdem vorbringen, die Teilgenehmigungen wären auch deswegen rechtswidrig, weil sie ohne ein Anhörungsverfahren vom Umweltministerium ausgestellt worden seien. Die Klägerin: „Das war eine Nacht-und-Nebel-Aktion.“

Kernpunkt der Klage sei aber der Umstand, daß die Genehmigungen angeblich keine Auflagen zur Vorsorge gegen etwaige Unfälle enthalten hätten.

Außer den rechtlichen Aspekten richtet C. Rothenstein im technischen Bereich ihre Klage unter anderem auch auf die Behauptung, das Gundremminger Reaktorprinzip

(Siedewasserreaktor) sei technisch veraltet, eine Zerstörung durch abstürzende Flugzeuge oder durch sogenannten Turbinen-Zerknall möglich, Radiologische Schädigungen seien deswegen möglich, weil die bisherigen Berechnungen auf falschen Grundlagen ausgeführt worden seien. Zudem sei eine Entsorgung nicht gewährleistet und die Unabhängigkeit des Technischen Überwachungsvereins in Bayern (TÜV) müsse angezweifelt werden. Außerdem sei die Stromversorgung nicht gefährdet, weil die der Planung zugrunde gelegten Prognosen jetzt nicht mehr zuträfen.

Clementine Rothenstein, die auf Armenrecht klagt, hat inzwischen 1700 Unterschriften gesammelt, deren Zeichner sich mit ihrer Klage solidarisch erklären.

In Großstädten 2810 leere Wohnungen

MÜNCHEN (lb). In den bayerischen Groß- und Universitätsstädten stehen nach deren eigenen Angaben zur Zeit rund 490 Häuser mit insgesamt 2810 Wohnungen ganz oder überwiegend leer. Von den 490 leerstehenden Häusern gehörten 90 der öffentlichen Hand. Eine exakte Ermittlung aller in Bayern leerstehenden Wohnungen ist nach Angaben von Innenminister Tandler wegen des hohen Verwaltungsaufwands nicht möglich. FDP-Wohnungsbauprecher Josef Grünbeck, Höchstädt/Donau, nannte es unerträglich, „daß in der Bundesrepublik zwar Hühner und Katzen gezählt würden“, auf dem wichtigen Gebiet der Wohnungsbaupolitik aber eine genaue Erfassung unterbleibe.

Unterschriften im Keller

Fünfte Klage gegen Kernkraftwerk Gundremmingen

Von unserem Redaktionsmitglied Alfons A. Schertl

AUGSBURG. In einem nahezu fünf Jahre währenden Streitfall hat die 71jährige Diplomvolkswirtin Clementine Rothenstein aus Burtenbach (Landkreis Günzburg) nun auch ihre fünfte Klage gegen die fünfte Teilbaugenehmigung des Kernkraftwerkes Gundremmingen II beim Augsburger Verwaltungsgericht mit dem Ziel eingereicht, den Fertigbau des Milliardenprojekts sofort einstellen zu lassen. Rothenstein ließ durch ihren Rechtsanwalt Johann Christoph Werner aus München am Dienstag vor dem Augsburger Verwaltungsgericht — wie in allen vier vorausgegangenen Verfahren auch — erneut erklären, daß sie sich durch einen vorauszusehenden Betrieb der beiden 1300-Megawatt-Blöcke in Gundremmingen sowohl in ihrem Lebens- als auch ihrem Besitzbereich bedroht fühle. „Ich habe an die 10 000 Unterschriften von Leuten bei mir im Keller liegen, die das genauso befürchten wie ich“, erklärte die Klägerin dazu am Rande des Prozesses.

Zweifel an der Sicherheit

Schwerpunkte der fünften Klage waren einerseits Zweifel gegen die Sicherheit der neu genehmigten Anlageteile des Gundremminger Werkes. Darunter fallen das Wasserstoff-Überwachungssystem, die Reaktordruckbehältereinbauten, die Wechseleinrichtung der Brennelemente, die Gaswarnanlage und die Strahlungs- und Aktivitäts-Überwachungssysteme sowie Fragen der wirtschaftlichen Notwendigkeiten von Kernkraftwerken überhaupt.

Hierzu meinten die Betreiber und Erbauer des Werkes, daß zumindest der Block B bis April 1984 in Betrieb gehen müsse, weil bei einer Verzögerung die Sicherheit der Stromversorgung im Bereich des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes (RWE) und des Bayernwerkes (BW) gefährdet sei. Eine schnelle Inbetriebnahme würde größere Öleinsparungen mit sich bringen, eine Verzögerung aber zu Stromerzeugungsmehrkosten führen, weil die Ausfallzeit dann mit erhöhtem Aufwand bei den Gas-, Kohle- und Ölkraftwerken erst wieder wettgemacht werden müßte.



C. Rothenstein
Bild: F. Schöllhorn

Dieser Auffassung ist auch das Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen, das bereits im November 1981 diese fünfte Teilgenehmigung erließ,

gegen deren sofortige Vollziehbarkeit Clementine Rothenstein nun Klage erhob. Sie ließ sowohl von ihrem Rechtsanwalt als auch von zwei Sachverständigen (Diplomingenieur Heiner Holl, Nördlingen, und Diplombiologe Peter Schulz, München) vortragen, daß ihr Leben, Gesundheit und Besitzstand als Rechtsgut höher einzuschätzen seien als die Sicherung des allgemeinen Lebensstandards oder wirtschaftspolitische Argumente. Es wurde von ihrer Seite auch darauf hingewiesen, daß alle bisherigen Stromverbrauchsprognosen überhöht gewesen seien, daß die Argumentation pro und kontra Kernkraft sich in den letzten zwei Jahren völlig verlagert habe, daß die Entsorgung nach wie vor nicht gesichert sei, daß ein 40prozentiger Überhang, ein Strom-Plus also, vorhanden sei, daß die Zuwachsraten des Sozialprodukts zurückgingen und daß damit auch der Energieeinsatz sowohl im Industrie- als auch im Haushaltsbereich zumindest stagniere. In einer Anpassungskrise mit Nullwachstum würde das Gundremminger Werk daher buchstäblich auf Sand gebaut werden.

Angebot aus der Sowjetunion

Die Seite der Betreiber und die Vertreter des Freistaates Bayern verwiesen dagegen darauf, daß sie Leben und Gesundheit in jedem Falle auch höher einschätzten als wirtschaftliche Aspekte, daß Leben und Gesundheit hier aber nicht gefährdet seien. Gundremmingen II sei nahezu fertig, die Aufträge zu 100 Prozent vergeben und die Entsorgung in jedem Falle gesichert: „Erst unlängst war eine Delegation aus der Sowjetunion bei uns“, erklärte der Vertreter des RWE, „die uns anbot, falls der Entsorgungsplan in Gorbien scheitern sollte, die gesamte nukleare Entsorgung unserer Kernkraftwerke zu übernehmen. Natürlich zu einem entsprechenden Preis“, ergänzte Günter Marquis vom RWE.

Das Vorhandensein eines Stromüberhangs wurde bestritten und im Gegenteil behauptet, daß die Abdeckung der sogenannten Spitzenlast, vor allem in Bayern, ohne Gundremmingen, das Anteile der sogenannten Grundlast übernehmen soll, nicht mehr voll gewährleistet sei. Rothenstein erklärte in ihrem Schlußwort, die Kilowattstunde Atomstrom sei bald teurer als die aus Kohle. Außerdem könne Frankreich als Atomstaat kein Vorbild für uns sein, und weitere Sparmaßnahmen seien das einzige Mittel, um der Energiekrise Herr zu werden.

Die I. Kammer des Verwaltungsgerichtes unter Vizepräsident Werner Link wird am 23. November die Entscheidung in diesem Teilverfahren verkünden und am 1. Februar 1983 das Hauptsacheverfahren im Falle Gundremmingen II eröffnen.

Klage gegen Reaktor erneut abgewiesen

AUGSBURG (-au-). Die Klage der 71-jährigen Clementine Rothenstein gegen die fünfte Teilbaugenehmigung für das Kernkraftwerk Gundremmingen II ist gestern vom Augsburger Verwaltungsgericht abgewiesen worden. Im Augenblick überwiege das Interesse der Öffentlichkeit und der Betreiber an einem Weiterbau das Interesse der Klägerin, hieß es in der Begründung. Die Frau hatte erklärt, sie fühle sich durch die beiden 1300-Megawatt-Blöcke in ihrem Lebens- und Besitzbereich bedroht. Die Klägerin mußte damit ihre fünfte Niederlage in dieser Sache hinnehmen. Ab dem 1. Februar wird sich das Verwaltungsgericht erneut mit dem Kernkraftwerk beschäftigen, wenn das Hauptsacheverfahren eröffnet wird.

24.11.82

CSU-Landtagsabgeordnete behaupten:

In Gundremmingen kein weiterer Reaktor möglich

30.4.8
2

Technisch nicht realisierbar – Politiker kritisieren Kernkraftgegner

PFÄFFENHOFEN/MÜNCHEN (hb). Der Vorschlag des SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Axel Wernitz, statt des Kernkraftwerkes bei Pfaffenhofen einen zusätzlichen Atomreaktor zum Werk Gundremmingen zu bauen, läßt sich technisch nicht verwirklichen. Das betonten schwäbische CSU-Landtagsabgeordnete beim Besuch von Journalisten aus dem Regierungsbezirk im Münchner Maximilianeum. Die Donau als Vorfluter reiche, so erläuterte dazu MdL Otto Meyer, für einen weiteren Block nicht aus.

In der Diskussion stellte Meyer klar, daß die CSU-Fraktion insgesamt die friedliche Nutzung der Kernenergie wegen des ökonomischen Zwanges bejahe, so lange nicht andere Energiequellen ausreichend zur Verfügung stehen. Der Standortsicherungsplan sieht Rehling für ein KKW vor, als Alternativlösung ist Pfaffenhofen an der Zusage vorgeschlagen. Nachdem die Rehlinger Projektierung am Einspruch der Amerikaner wegen einer möglichen Beeinträchtigung ihrer Frühwarnstation bei Gablingen scheiterte, rücke Pfaffenhofen in den Vordergrund. Der Friedberger Abgeordnete Georg Fendt glaubt nicht, daß sich die Haltung der US-Militärs ändern werde.

tion« von Kernkraftgegnern zu klagen. Das gelte für die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Schwandorf wie für die vorgesehene Lagerung von schwach-radioaktiven Gegenständen bei Mitterteich – beide Projekte in Langs Oberpfälzer Heimat. Es sei unverständlich, daß die notwendige Lagerung von Röntgenschrüzen und ähnlichem, zum Betrieb von Krankenhäusern unumgänglich, mit der Gefahr von Hiroshima-Bomben verglichen werde. Auch das Argument, warum nicht ein Kernkraftwerk nach Oberbayern, griff Gustl Lang auf und wies auf andere Sorgen dieses Bezirkes wie Großflughafen hin.

Atomnutzung notwendig

MdL Erwin Seitz, der als BBV-Bezirkspräsident kürzlich mit seiner Rede vor protestierenden Donauried-Bauern Buh-Rufe erntete, präzisierte seine Aussage. Auch der Bauer brauche Energie, also käme er nicht um die Atomnutzung herum. Das schließe Verständnis für die von der Landabgabe betroffenen Bauern nicht aus, denen man helfen müsse, so gut es gehe. Abgeordneter Edgar Würth versicherte, daß der Standortsicherungsplan von der Fraktion einmütig getragen wurde und sie weiterhin dazu stehe. Eine Episode aus seinen Gesprächen im Donauried steuerte Gustl Lang bei; ihm habe man gesagt, die Bürger im Donauried seien strikt gegen das KKW. Aber wenn es wirklich gebaut werden sollte, dann dürfe man es nicht in den Landkreis Donau-Ries rücken, dann müsse das Steuergeld im Donauried bleiben.

Nicht grundsätzlich dagegen

Auf die Diskrepanz zwischen der Haltung der Unionsfraktion, unterstützt von der CSU im Raum Donauwörth, und der christsozialen Führungspersonalitäten im Landkreis Dillingen angesprochen, beteuerte Otto Meyer, daß darin keine grundsätzliche Ablehnung der Kernenergie liege. Es gehe in Dillingen nur um die Sicherung der schützenswerten Biotop und der Erhaltung bäuerlicher Existenzen im Donauried. Im übrigen, so übte Otto Meyer Kritik, würden die prinzipiellen Gegner der Kernenergie mit irreführenden Argumenten auftreten. Wissenschaftliche Messungen hätten ergeben, daß selbst eine Kiefer-Röntgenaufnahme eine 200fache Strahlenbelastung gegenüber der Jahresbelastung für Anlieger bringe. Eine Anfrage von MdB Karl Heinz Lemmrich bei der Bundesregierung habe zudem ergeben, daß diese keine Einwände oder Bedenken gegen die Errichtung zweier Kernkraftwerke in einer Entfernung von 25 Kilometern habe.

Fraktionsvorsitzender Gustl Lang nahm das Beispiel Pfaffenhofen zum Anlaß, um generell die »unsachliche Art der Argumenta-

19.1. 83 Information im Kernkraftwerk

Diskussion mit Ingenieur Phillip

Laugna (fk). Rund 65 Teilnehmer, vorwiegend aus dem Kreis des BBV und der Feuerwehr, gab es bei einem Informationsbesuch im Kernkraftwerk Gundremmingen. Die Führung im Informationszentrum übernahm Ingenieur Benno Phillip. Herausgestellt wurde, auch in einem Film, die spezielle Bedeutung der Kernkraft für die Energieversorgung. Besondere Hinweise galten der Absicherung des Großprojekts, an dessen Fertigstellung zur Zeit rund 3800 Beschäftigte eingesetzt sind, gegen alle äußeren Einwirkungen, wie Explosionen in unmittelbarer Nähe, Erdbeben, Hochwasser, Flugzeugabstürze und Sabotage. Die Reisegruppe bestieg bei einer Rundfahrt durch das Werks Gelände auch einen der rund 160 Meter hohen Kühltürme. In der Diskussion stellt Phillip die, wie er betonte, »geringe Umweltbelastung« durch Kernkraftwerke heraus.

Donnerstag, 27. Januar 1983 / Seite 4

Kampf gegen Kernkraft nicht mehr vor Gericht

Clementine Rothenstein zieht ihre Klagen zurück

Von unserem Redaktionsmitglied Fridolin Engelfried

MÜNCHEN/GUNDREMMINGEN. Sie wurde gern die „eiserne Lady“ genannt. Oder auch als „alte Dame im Kampf gegen die Kernkraft“ in die Schlagzeilen gebracht. Doch das Anrennen gegen die Bürokratie über Jahre hinweg hat sie nun offenbar müde gemacht: Die 72jährige Clementine Rothenstein aus Burtenbach bei Günzburg nahm am Mittwoch nach achtjährigem vergeblichem Kampf gegen das Kernkraftwerk Gundremmingen ihre Klagen vor den Verwaltungsgerichten zurück.

In Anwesenheit ihres Anwalts Johann Christoph Werner gab Clementine Rothenstein gestern vormittag zwar nicht ihre Kapitulation bekannt, ließ aber doch durchblicken, daß die Rücknahme der von ihr über mehrere Instanzen durchgeführten Klagen eine Folge der formaljuristischen Quereien sei, die sie vor dem Verwaltungsgericht Augsburg und zuletzt auch vor dem Verwaltungsgerichtshof München (VGH) erfahren mußte. „Ich resigniere nicht“, betonte sie zwar nachdrücklich. Doch sie sehe nach mehreren Niederlagen keine Chance mehr, ihr Ziel zu erreichen. Und das hieß Verhinderung der Betriebsaufnahme in Gundremmingen II.

Besonders enttäuschend findet es Clementine Rothenstein, daß sie in ihrem Kampf gegen das Kernkraftwerk einer Behördenschlapperei zum Opfer gefallen sei. Ihr Einspruch gegen den Weiterbau in Gundremmingen im Jahre 1976 kam genau einen Tag zu spät, weil die Frist abgelaufen war. Noch heute ist sie der Überzeugung, daß ein

Regierungsinspektor beim Landratsamt ihr den Termin für die Einspruchsfrist falsch genannt habe. Die Folge war, daß ihre Klage sowohl vor dem Verwaltungsgericht Augsburg wie auch vor dem VGH in München aus formaljuristischen Gründen abgelehnt wurde. Nach reiflicher Überlegung auch mit ihrem Anwalt nahm sie deshalb gestern alle Klagen, die sie zwischen 1979 und 1983 eingereicht hatte, formell zurück.

Vertrauen verloren

Verärgert ist Clementine Rothenstein darüber, daß sich die Richter mit keinem Wort zu den von ihr angesprochenen sicherheitstechnischen Aspekten des Kernkraftwerkes geäußert haben. Ihr Vertrauen in die gerichtlichen Instanzen sei im Laufe der Jahre verlorengegangen, erklärte sie. Dennoch finde sie ihren Kampf nicht vergeblich. Sie glaubt zumindest, daß sie das Bewußtsein einer kritischen Öffentlichkeit gegenüber der Kernkraft geschärft habe. Und im übrigen habe ihre Klage auch erreicht, daß die Sicherheitseinrichtungen in Gundremmingen verbessert und die Anlage immerhin um drei bis vier Jahre hinausgezögert worden sei. Clementine Rothenstein, die 19 Kilometer vom Standort des KKW entfernt wohnt, ist überzeugt, daß es sich beim Gundremminger Projekt um einen „veralteten Anlagentyp“ handelt, der den Sicherheitsbestimmungen nicht entspricht.

15.10.83

Gundremmingen läuft im März an

GUNDRAMMINGEN (ro). Die Inbetriebnahme des neuen Kernkraftwerks Gundremmingen rückt nach über siebenjähriger Bauzeit näher. Wie die Betreiberfirmen RWE und Bayernwerk mitteilten, soll die erste nukleare Wärmeerzeugung im Reaktorblock B im März 1984 erfolgen. Das Anfahren des Blocks C sei acht Monate später vorgesehen. Firmensprecher erklärten, die bisherigen Tests im konventionellen Teil der Anlage seien ohne Einschränkung zufriedenstellend verlaufen. Die Gesamtkosten des Kernkraftwerks haben sich, gemessen an den Vorausberechnungen des Jahres 1976, auf rund sieben Milliarden DM verdoppelt, nach Angaben der Betreiber wegen zusätzlicher Auflagen und Bauverzögerungen.

Freitag, 14. Januar 1983 / Seite 4

Genehmigung VI für Gundremmingen II

GUNDRAMMINGEN/MÜNCHEN (AZ). Die sechste Teilgenehmigung zur Errichtung des Kernkraftwerkes Gundremmingen II hat nunmehr das bayerische Umweltministerium erteilt. Diese war schon im November vergangenen Jahres erwartet worden. Die Kernkraftwerksbauer sind jedoch deshalb nicht in Terminnöte geraten. Nach dem neuen Bescheid kann nun mit der Fertigstellung des „heißen Kerns“ der Reaktorblöcke begonnen werden.

Die erste Teilgenehmigung war 1976 ausgesprochen worden. Bis zur Inbetriebnahme stehen noch zwei oder drei weitere Teilgenehmigungsbescheide aus. Wenn alles nach Plan läuft, soll der Block B im April 1984 in Betrieb genommen werden und Block C etwa acht Monate später anlaufen.

02
8.1.83
Auswirkung von Tests:

Rauschen und Dampf im Kernkraftwerk

Arbeiten mit hohem Druck

Gundremmingen (dz). Im Kernkraftwerk Gundremmingen hat die Erprobungsphase für die einzelnen Aggregate voll begonnen. In den vergangenen Wochen war wiederholt Dampf über den Kühltürmen zu sehen und die Gundremminger wurden von Pfeiftönen überrascht.

Der Sicherheitsbehälter wurde auf seine Dichtigkeit geprüft. Dazu wurde Luft in den Kernbereich des Reaktors gepumpt und ein Druck von 4,6 bar hergestellt. Auch sollten mit diesem Test die Stahlhaut und sämtliche Anschlüsse und Kabeldurchführungen überprüft werden. Beim Luftablassen kam es zu einem „Rauschen“ (Bauleiter Amelung) oder „Pfeifen“ (Landkreis-Umweltbeauftragter Erwin Haug).

Ebenfalls zu Testzwecken wurden nach Angaben von Amelung erstmals die Pumpen des Hauptkühlsystems in Betrieb genommen und kaltes Wasser durch den Hauptkühlerkreis geschickt, ohne dabei Kühlung zu betreiben. Weil das Wasser im Kühlturm auf kältere Außenluft getroffen sei, hätten sich die Dampfschwaden entwickelt. Laut Amelung handelt es sich um eine ganz geringe Verdunstung.

Kernkraft-Klagen zurückgezogen 27.1.83

Teilgenehmigungen für Atommeiler Gundremmingen rechtskräftig

MÜNCHEN (fe). Die bisher erteilten Teilgenehmigungen für das Kernkraftwerk Gundremmingen II bei Günzburg sind rechtskräftig. Die einzige Klägerin gegen diese Bescheide, die Diplomvolkswirtin Clementine Rothenstein aus Burtenbach, hat am Mittwoch in allen bei den Verwaltungsgerichten anhängigen Verfahren ihre Klagen und sonstigen Rechtsmittel zurückgenommen. (Siehe Bayern.)

Die künftigen Betreiber des Kraftwerks, Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG (RWE) und Bayernwerk, haben auf die Erstattung ihrer außergerichtlichen Kosten verzichtet. Die Gerichtskosten wurden gegeneinander aufgehoben.

In allen — zum Teil seit dem Jahre 1976 anhängigen — Klagen blieb die Klägerin erfolglos. Aus dieser Erfahrung zog sie nun gestern die Konsequenzen. Da die Gerichte „nur formaljuristisch geprüft“ hätten, auf die von ihr vorgebrachten sicherheitstechnischen Bedenken jedoch nicht eingegangen seien, sehe sie keine Möglichkeit mehr, ihr Ziel zu erreichen, sagte Frau Rothenstein.

Nach Überzeugung der Kraftwerksbetreiber hätten die Prozesse auch bei ihrer Weiterführung allerdings zu keinem Erfolg ge-

führt, sondern, so deren Stellungnahme, nur für alle Beteiligten unnötigerweise Zeitaufwand und Kosten verursacht. Block A in Gundremmingen soll 1984 in Betrieb gehen, Block B 1985. Die Kosten für die Anlage belaufen sich auf rund 6,5 Milliarden Mark.

Der Prozeß um das Atomkraftwerk Gundremmingen
aus der Sicht der Klägerin

Am 30.09.1976 wurde fristgerecht Klage gegen den Freistaat Bayern wegen der 1. Teilerrichtungs-genehmigung (TEG) für die Blöcke B und C des AKW Gundremmingen eingereicht. Nach Ablauf von zwei Jahren wurde am 05.12.1978 mit dem Urteil des Verwaltungsgerichts Augsburg die Klage als nicht zulässig abgewiesen. Die Begründung dafür vom März 1979 berief sich auf den zum 03.03.1975 befristeten aber von 3.000 Einsprechern um einen Tag zu spät eingereichten Einspruch gegen den Antrag des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks und des Bayernwerks auf Bau einer Doppelblockanlage von 2.400 MW (elektr. Leistung). Der vorgesehene Bau des Atomkraftwerks bedeutete eine 10-fache Vergrößerung des damals noch im Betrieb befindlichen kleinen Kraftwerkes. Für den "verspäteten" Einspruch war nicht die Klägerin sondern der zuständige Regierungsdirektor im Landratsamt verantwortlich, der ein falsches Datum bekannt gab. Trotzdem fanden sich die Vertreter der Staatsregierung nicht bereit, diesen Fehler ihrer unteren Verwaltungsbehörde von sich aus zu korrigieren. Die Klage wurde unverständlicherweise aus nur formalrechtlichen Gründen abgelehnt. Eingereichte Gutachten von Sachverständigen der Klägerseite zur Frage des Berstschatzes und zur Strahlenbelastung der Bevölkerung in der Umgebung des AKW Gundremmingen waren für die Urteilsfindung irrelevant, wenngleich vor allem das letztere in der Öffentlichkeit und bei Experten in der BRD weitgehend von sich Reden machte.

Gegen das Urteil des VG Augsburg wurde beim Verwaltungsgerichtshof München Berufung eingelegt, wo u. a. vor allem geltend gemacht wurde, daß das in der 1. TEG genehmigte "Konzept" - ein Begriff der im atomrechtlichen Verfahren üblich ist - durch umfangreiche Änderungen mit den folgenden Genehmigungen gegenstandslos geworden sei. Anfang 1983 bestätigte das VGH München den Urteilsspruch der 1. Instanz trotzdem.

Zwischenzeitlich lief ein Widerrufs Antrag der 1. u. 2. TEG, eine Klage auf Widerruf, je eine Anfechtungsklage der 3. u. 4. TEG, eine Änderung der Widerrufs klage der 2. TEG und Anfechtungsklage, ein Baustopp Antrag der 2. u. 3. TEG und später der 4. u. 5. TEG u.a.

Mit der Widerrufs klage und Anfechtungsklage der 2. TEG wurde am 09.03.1981 eine umfangreiche Klageschrift vorgelegt, die in über 130 Schriftseiten die technischen Mängel des seit nunmehr über 4 Jahre im Bau befindlichen Siedewasserreaktors im Detail aufzeichnete. Wir waren und sind außerdem der Meinung, daß das Konzept für das AKW Gundremmingen, das von 1972 stammt, veraltet ist.

In der Folgezeit gingen mehrere Schriftsätze hin und her. Wir versuchten zu beweisen, daß die Genehmigungen rechtswidrig seien, - und - das war der Kernpunkt der Klage - weil sie nicht die Vorsorge gegen die z. T. katastrophalen Unfallmöglichkeiten beinhalten, die gemäß dem Atomrecht nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderlich wäre.

Es gelang also trotz des Urteilsspruchs des Verwaltungsgerichts im Verfahren gegen die 1. TEG ein neuerliches Klageverfahren in Gang zu setzen, das ein Hauptsachverfahren mit einer rechtlichen Überprüfung der von uns bemängelten Sicherheit des AKW Gundremmingen nach sich ziehen sollte.

Dieser Gang der Dinge wurde bestätigt durch ^{die} Tatsache, daß über unsere Anträge auf Aussetzung der sofortigen Vollziehbarkeit, also auf Baustopp, verhandelt wurde. Wir konnten dabei die von der Genehmigungsbehörde angeführten und im wesentlichen volkswirtschaftlichen Gründe für die sofortige Vollziehbarkeit schriftlich und mündlich widerlegen. Obwohl die Zeit nach all den Jahren schließlich unsere Argumente bestätigte, war das Gericht wegen des fortgeschrittenen Baues jedoch in keinem Fall in der Lage, einen Baustopp auszusprechen.

Der Beginn des Hauptsachverfahrens war für Anfang Februar 1983 mit mehreren Tagen Verhandlungsdauer und wegen des beschränkt vorhandenen Raumes in Augsburg in einem Münchener Gerichtssaal vorgesehen. Da erhielten wir im Januar 1983 (s.o.) die Begründung des Berufungsurteils aus München. Die 1. TEG war also rechtens. Das hieß für uns, daß die Gegenseite sich auf die "Konzept"-Genehmigung berufen konnte und daraus ableitete, alle folgenden Genehmigungen seien nur Ausführungen des in der 1. TEG genehmigten Konzepts.

Damit wären unsere Chancen im Gerichtsverfahren mindestens zu einem Vergleich zu kommen, gleich Null gewesen. Die loyale Verhandlungsführung des Gerichtsvorsitzenden im VG Augsburg hätte zwar die Offenlegung aller von uns angeschnittenen technischen Fragen während der Verhandlungsdauer ermöglicht; unter Umständen hätte das Gericht auch von sich aus einen Gerichtssachverständigen zugezogen. Da wir aber wußten, welches Problem vor allem anstand, wußten wir auch, welcher Sachverständige vermutlich zugezogen werden würde. Die damit auf uns zukommenden Prozeßkosten wären untragbar geworden. (Über DM 100.000,--). Sie bewogen die Prozeßgruppe, nach reiflicher Überlegung, die Klage gegen das AKW Gundremmingen zurückzuziehen.

Eine große Enttäuschung über die Mißachtung der Interessen der betroffenen Klägerin und mit ihr der gesamten Bevölkerung, blieb zurück. Manche Erfahrungen, die im Laufe von 8 Jahren Prozeßdauer in den Verhandlungen gemacht wurden, haben den Glauben, in einem Rechtsstaat zu leben, bei den Beteiligten auf unserer Seite angeknackst.

Der Schritt zum Ausstieg aus dem Prozeß erfolgte nicht aus Resignation, sondern in dem Bewußtsein, daß mit dem Prozeß eine kritische Öffentlichkeit geschaffen wurde, die sicherheitstechnische Auflagen durch die Genehmigungsbehörde auslöste. Zahlreiche zusätzliche Auflagen führten nach Aussage der für den Bau in Gundremmingen Verantwortlichen zu einer Bauverzögerung von 3-4 Jahren. Der jetzt laufende Prozeß gegen den Einbau der Kompaktlagergestelle im AKW Gundremmingen gibt, wie die bisherigen Gerichtentscheidungen für andere Atomkraftwerke (z.B. der Kompaktlager für Biblis A u. B) beweisen, mehr Chancen. Und sein finanzielles Risiko hält sich in Grenzen. Unsere Klagebegründung folgt in einer Kurzfassung. Eine Stellungnahme der Gegenseite liegt noch nicht vor. Man hat bisher nur auf unseren Vorwurf geantwortet, die zur Beurteilung der Sachlage notwendigen Unterlagen nicht alle bekommen zu haben.

05. Sept. 1984

*Christine Rothenstein
8877 Burdenbach*